Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Moritz Petry

GStB
Gemeinde- und Städtebund
Rheinland-Pfalz

Gemeinde- und Städtebund RLP Deutschhausplatz 1 55116 Mainz

An die
Damen und Herren Bürgermeister
und Oberbürgermeister

in der Mitgliedschaft des GStB

Datum
27.08.2025

Gemeinde- und Städtebund
Rheinland-Pfalz e.V.
Deutschhausplatz 1
55116 Mainz
Telefon +49 0 61 31 23 98 -0
Telefax +49 0 61 31 23 98 139

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Moritz Petry

info@gstbrp.de
www.gstb-rlp.de

Initiative "Jetzt reden WIR - Ortsgemeinden stehen auf!"

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Initiative „Jetzt reden WIR – Ortsgemeinden stehen auf!“ hat das anliegende Forderungspapier und eine Ratsvorlage zur Beschlussfassung entwickelt (**Anlage 1 und 2**). Die Initiative greift die Forderungen des GStB zur Verbesserung der Finanzsituation, Abbau unnötiger Bürokratie, Entlastung des Ehrenamtes und Bewahrung bzw. Rückgewinnung kommunaler Planungshoheit auf. Sie spiegelt und verstärkt damit die Arbeit des GStB sowie die 2023 von der Mitgliederversammlung beschlossene **Ingelheimer Erklärung** „Rettet die lokale Demokratie“. Insoweit haben wir die Initiative „Jetzt reden WIR – Ortsgemeinden stehen auf!“ mit auf unsere **Themenseite „Rettet die lokale Demokratie“** genommen, auf welcher wir Aktionen und Maßnahmen von Kommunen hinweisen, die auf die Situation vor Ort im Sinne unserer Forderungen hinweisen und unsere Arbeit unterstützen https://www.gstbrp.de/schwerpunkte/rettet-die-lokale-demokratie/.

Als GStB ist es unser zentrales Anliegen, die Situation der Verbands- und Ortsgemeinden, Gemeinden, kreisangehörigen Städte und großen kreisangehörigen Städte nachhaltig zu verbessern. Aktuell begleiten und unterstützen wir

daher die **Klagen von 27 Ortsgemeinden gegen den kommunalen Finanzausgleich**.

Hinsichtlich des von uns vehement eingeforderten Bürokratieabbaus konnten wir mittlerweile ein gemeinsames Projekt der kommunalen Spitzenverbände mit der Landesregierung aufsetzen. Einigkeit besteht, dass es sich nicht um ein einmaliges Vorhaben handeln kann, sondern ein dauerhafter Prozess initiiert wurde. Unter den kommunalen Spitzenverbänden wurde vereinbart, dass der GStB das Thema „**Bürokratie- und Standardabbau**“ federführend betreut.

Aus der Mitgliedschaft der kommunalen Spitzenverbände wurden über 500 Einzelvorschläge zum Bürokratie- und Standardabbau gemeldet. Die Vorschläge sind in Themenfeldern zusammengefasst worden und werden nun in Clustern unter den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt. Eine erste Liste mit 75 Vorschlägen im Bereich Förderwesen/Zuwendungen wurde der Staatskanzlei übermittelt und befindet sich derzeit in der Bewertung durch die Fachressorts. In einem nächsten Schritt soll in einem direkten Austausch auf Fachebene identifiziert werden, welche Vorschläge unverändert aufgegriffen werden können, welche mit einer Modifizierung Zustimmung erfahren und bei welchen ein Konsens schwierig erscheint.

Eine weitere Liste mit Vorschlägen für den Bereich Kita/Schule/Bildung wird derzeit zwischen den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt und dann entsprechend an die Staatskanzlei übermittelt.

Neben der Betrachtung und Abschaffung von einzelnen Regelungen und Standards sieht der GStB das Erfordernis, grundlegende Schritte zum Bürokratieabbau zu ergreifen. Der GStB-Landesausschuss hat hierzu am 26.03.2025 folgendes Forderungspapier beschlossen:

Unnötige Bürokratie abbauen!

Schneller, besser, bürgernäher

Forderungen des GStB

GStB
Gemeinde- und Städtebund
Rheinland-Pfalz

Pakt mit dem Land – Verbindlicher Bürokratiecheck:
Alle bestehenden und neuen Regelungen sind auf Entbehrlichkeit oder Vereinfachungsoptionen zu überprüfen.

Pakt mit dem Land – Verzicht auf „Gold Plating":
Keine zusätzlichen Anforderungen im Landesrecht, die über EU- oder Bundesvorgaben hinausgehen.

Vergaberecht:
Erhöhung der Wertgrenzen, Vereinfachung der Nachweispflichten, Angebotseinholung per einfacher E-Mail.

Überbordende Verkehrssicherungspflichten zurückführen:
Möglichkeiten zur Reduktion kommunaler Haftungsrisiken müssen geprüft werden. Hierzu sollte gutachterlich untersucht werden, ob mittels einer Ergänzung des Tatbestandes des § 823 BGB um eine zusätzliche Abwägung der Verhältnismäßigkeit ergänzt wird, um extensive Rechtsprechung, die regelmäßig zu zusätzlicher Bürokratie vor Ort führt, zu vermeiden.

Einführung eines Regelungsabweichungsgesetzes:
Modellprojekte sollten ermöglichen, in Pilotvorhaben von landesrechtlichen Regelungen abzuweichen, um neue Ansätze zu erproben.

Begrenzung des Informationszugangsrechts:
Informationszugangsrechte sind ein wichtiges Element für Transparenz und Vertrauen in der Demokratie. In der Praxis sind Gemeinden und Städte jedoch zunehmend mit einer Vielzahl an Anfragen von einzelnen Personen konfrontiert, die zu einem hohen Verwaltungsaufwand führen, gleichzeitig sich aus dem Duktus schließen lässt, dass die Anfrage nicht dem Wissensinteresse dient, sondern der Absicht von Provokation und Konfrontation. Um den Verwaltungsaufwand zu minimieren, sollten die Informationszugangsrechte des Landes auf ein verfassungsrechtlich zwingendes Minimum reduziert und der Missbrauchstatbestand des Landestransparenzgesetzes geschärft werden.

Foto: IlikaPhoto.com - stockadobe.com

Mitgliederversammlung 2025

Am 17.11.2025 findet in der Hunsrückhalle in Simmern die Mitgliederversammlung 2025 des Gemeinde- und Städtebundes statt. Diese steht unter dem Leitmotiv *„Mehr kommunale Selbstverwaltung wagen – Demokratie und Zusammenhalt stärken!“.* Auf der Mitgliederversammlung werden die zentralen Forderungen des GStB an die neue Landesregierung, die derzeit in den Verbandsgremien abgestimmt werden, an die Politik und Öffentlichkeit adressiert. Gleichzeitig werden wir diese mit den Vorsitzenden der im Landtag vertretenen Fraktionen und politischen Gruppen diskutieren. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme aus unserer Mitgliedschaft. Die Einladung werden Sie in den nächsten Wochen erhalten. Es wäre schön, wenn Sie die Terminvormerkung auch an die Damen und Herren Ortsbürgermeister weitergeben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen

Moritz Petry